Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 62.

№ 161. Sonnabend, 13. Juli 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vereinigte Staaten von Europa?

gu. Wiederholt schon wurde dem französischen Außenminister Briand die Absicht zugeschoben, er trage sich mit dem Gedanken, die Vereinigten Staaten von Europa zu gründen. Tatsächlich hat er, wie Stresemann im vertraulichen Kreise einmal mitteilte, auch ihm gegenüber einmal Andeutungen nach dieser Richtung gemacht. Sein Lebensziel sei es, meinte Briand, Europa den Frieden zu geben durch die Verbindung aller Staaten zu einem Ganzen. Verschiedene Aeußerungen, die Briand der französischen Presse gegenüber tat, ließen Einzelheiten des noch völlig unausgereiften Planes erkennen. Jetzt aber kommt eine Pariser Stimme, die anzukündigen weiß, Briand werde nunmehr im Herbst den Appell an die Völker richten und sie zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auffordern. Er werde dem nächsten Völkerbund bereits seinen Plan entwickeln und alles daran setzen, seine Lebensaufgabe zu erreichen. Freilich wird diese Pariser Meldung — und mit Recht — von einer deutschen Zeitung bereits mit der Ueberschrift geziert: „Lebenstraum oder taktisches Manöver?" Man hat nämlich noch alle Ursache, das skeptisch zu nehmen, was Briand verheißt. Denn zu oft hat er sich dem Willen eines Mächtigen, dem Poincarés, gefügt. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vereinigten Staaten von Europa so gar nicht in die An- und Absichten des französischen Ministerpräsidenten passen. Ja, wenn Poincaré, plötzlich versöhnlich gestimmt, plötzlich ein anderer, der erklärt, seine Ziele erreicht zu haben, zu den Völkern Europas sprechen würde, wenn er den großen Plan hätte, denn wüßte man: Der große Poincaré will sich ein goldenes Blatt in der Geschichte des Jahrhunderts erringen. Aber Briand . . ! Er wird gegen Poincaré agieren müssen und hat deshalb, ehe er derart gigantische Gedanken ins Werk setzen will, zunächst sich der Stimmung seines Landes zu sichern, hat zuerst Poincaré beiseite zu schieben, um sich freie Bahn zu schaffen. Wird er das vermögen? Und weil man das noch nicht glauben kann, ist die Frage berechtigt, ob hinter der Ankündigung der großen Gedanken nicht etwas anderes zu suchen ist. Vielleicht eine Verzögerung der Liquidierung des Krieges? Vielleicht soll Deutschland wieder eingelullt werden mit dem Versprechen, es wird ja alles anders, als es jetzt werden soll.

Nämlich: Die Vereinigten Staaten von Europa würden ein Gebilde abgeben, daß eine große europäische Regierung über ganz Europa vorsieht, eine Regierung freilich, die den einzelnen Ländern volle Freiheit geben müßte, und die nur die großen Fragen der europäischen Politik zu erledigen hätte. Die Grenzen würden bestehen bleiben, aber ohne Wache und Schutz, ohne Zollschranken und Sicherungen militärischer und wirtschaftlicher Art. Man würde gleichmäßig abbauen die Rüstungen, die Heere, und würde gemeinsam gegen alles auftreten, was Europa bedroht. Man würde einen oberen Rat aus Vertretern aller Länder schaffen und Sorge dafür tragen, daß einer für den anderen da ist, einer dem anderen hilft, durch alle Landesteile der Vereinigten Staaten ein Geist geht, der Geist der großen Gemeinschaft. Europa würde keine Bedrohung durch den Nachbarn kennen, keine militärischen und wirtschaftlichen Schranken wären vorhanden. Europa würde im Begriff der anderen Welt eins sein, der Erdteil des vollkommenen Glücks.

Ist es nötig, daß zu diesen schnell skizzierten, wiederholt stück- und bruchweise verratenen Grundlinien des Briandschen Lebenstraums noch eine Erklärung gegeben wird? Jeder wird sehen, daß etwas Mächtiges, Gewaltiges in dem Kopfe des Franzosen der Reife entgegen geht, aber jeder wird auch sofort merken, daß, so schön es wäre, ein solches Europa zu haben, die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern doch zu groß sind, als daß sie so leicht unter einen Hut zu bringen wären. Deshalb haben überlegte Männer, die den Briandschen Gedanken untersuchten, bereits erkannt, daß er nur langsam und vielleicht erst im Laufe eines Jahrhunderts durchführbar ist, stets stückweise, langsam und bedächtig. Gewiß könnte man heute bereits damit beginnen, die Grundlagen des einen Europa aufzubauen und durch Verträge gemeinsamen Schutz zu beschließen, man könnte die Zollverträge immer mehr dem großen Gedanken anpassen und die Grenzen langsam öffnen. Man könnte abrüsten und Festungen verfallen lassen, man könnte einen obersten Rat schaffen, der jetzt bereits die Gegensätze ausgleicht und Streitigkeiten schlichtet. Aber die Zeit erst müßte die Erkenntnis in den einzelnen Völkern bringen, daß sie Europäer sind. Sie erst könnte die Kanten und Ecken abschleifen, die in den einzelnen Volksstämmen liegen und die jetzt die bedauerliche Reibungsfläche bilden. Briand würde, wollte er wirklich an Europa appellieren, das Ende seines Werkes nicht erleben. Und vor allem ist es gerade Frankreich, daß die größten Opfer zu bringen hätte. Es würde wohl die längste Zeit brauchen, um sich in den Ideenkreis eines einigen Europas zu finden. Frankreich, das seine Grenzen bewacht und eifersüchtig jeden Landstrich verteidigt, das französisch heißt, wenn nur ein Drittel der Bevölkerung eines Gebietes Franzosen sind, Frankreich, daß befestigt ist wie kein Land und eine Militärmacht unterhält, die die größte der Erde ist, Frankreich, das Sicherungen durch die Besetzung von Gebiet suchte und sich weigert, freiwillig dieses Sicherheitspfand aufzugeben, das eine Kette von militärischen und geheimen Abkommen getroffen hat, um Deutschland einzukreisen. . . Wie sehr müßte sich dieses Frankreich ändern, um sich in den Rahmen des neuen Europas zu fügen, in dem es nur Gleichheit geben kann? Es könnte keine erste Geige spielen und hätte keine Vorrechte gegen die anderen. Es müßte sich schicken in die Satzungen, die für alle Staaten gelten. Briand will viel, er wird nicht erleben, daß sein Frankreich für die Vereinigten Staaten begeistert zu machen ihm gelingt in dem kurzen Abschnitt des Erdenwallens, der ihm noch bleibt.

Und dennoch sei gesagt, daß es durchaus keine Utopie ist, daß die Möglichkeit besteht, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Einmal müßte der Anfang gemacht werden. Und wenn Briand die Kraft und den Mut und die Kühnheit hat, an das Werk zu gehen, so kann man ihm danken. Selbst wenn er die Krönung des Werkes nicht mehr erleben sollte, würde er ewig weiter leben durch Jahrhunderte. Auch das ist gewiß, kein europäischer Staat würde sich an der Arbeit ausschließen. Wir aber sind sich von vornherein bewußt, daß auch die kommende Generation noch nicht die Feder in die Tinte tauchen kann, um den Vertrag zu unterschreiben, der den Schlußstein langer Arbeit bedeuten würde. Eines nur ist zu wünschen, es zeige sich nicht, daß die großen Pläne, die Briand mit sich trägt, benutzt werden um kleinlicher Augenblicksvorteile willen. Dadurch würde die Ehrlichkeit des Willens so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß — wenn einmal wirklich der Appell an Europa ergehen sollte — seine Wirkung schwach und matt wäre.

28 Millionen Mark Defizit in Sachsen.

Der Etat verabschiedet. — Beginn der Landtagsferien.

Sächsischer Landtag.

Pk. Dresden, 12. Juli 1929.

Die heutige letzte Sitzung vor den Ferien beginnt mit den gestern ausgesetzten Abstimmungen über die Kapitel Staatstheater, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft und Kunstzwecke.

Bei Kap. Staatstheater wird u. a. beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bis auf weiteres einer Erhöhung der Eintrittspreise nicht zuzustimmen, wohl aber die Einrichtung sogenannter „Volksvorstellungen" mit niedrigeren Eintrittspreisen zu ermöglichen; den Besoldungsetat der musikalischen Kapelle übersichtlicher und einheitlicher zu gestalten; im Spielplan der Oper und des Schauspielhauses gebührend die Werke deutscher Komponisten und Dichter zu berücksichtigen, aber auch den Werken der Klassiker eine planmäßige Pflege zu widmen; und zur Anregung des Schaffens der jungen Generation 50 000 Mark für zehn Preise à 5000 Mk. in den Etat einzustellen. Dagegen wurde mit den Stimmen der Linken und der Demokraten der Ausschußantrag abgelehnt, vom Generalmusikdirektor für die nächste Spielzeit die Aufführung des geschlossenen Wagner-Zyklus zu fordern. Ablehnung fanden auch gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten die eingebrachten Anträge der Nationalsozialisten, in denen u. a. die Ablehnung des Gehalts des Generalintendanten Dr. Reuter gefordert wird. Annahme fand dagegen ein kommunistischer Antrag auf Einsetzung eines Landesausschusses, der den Geschäftsbetrieb der Staatstheater fördern und überwachen soll. Die Einstellungen werden genehmigt, desgleichen die der beiden anderen Kapitel.

Zu Kap. 18, Gesamtministerium und Staatskanzlei, Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten und Vertretungen Sachsens, bemerkt Abg. Dobbert (Soz.), seine Partei bestreite die Notwendigkeit der Erhaltung der Münchener Gesandtschaft. Weiter kritisiert er die Haltung der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei und der Staatszeitung während des Wahlkampfes. Redner schließt: Der Tag sei nicht mehr fern, da die Sozialdemokratie die Führung der Regierung übernehmen werde.

Abg. Wilhelm (Wirtsch.-P.) legt einen Antrag vor, die Regierung möge mit der Reichsregierung und den Landesregierungen ins Einvernehmen treten zwecks Aufhebung der gegenseitigen Gesandtschaften.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) meint, die Zurückhaltung des Kabinetts sei schuld daran, daß die Staatskanzlei zu sehr hervorgetreten sei. Die Staatskanzlei müsse wieder zu einem Büro des Ministerpräsidenten werden.

Abg. Renner (Komm.) kritisiert ebenfalls die Tätigkeit der Staatskanzlei.

Die Einstellungen werden schließlich genehmigt. Das Gehalt des Ministerpräsidenten wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt.

Die Aufhebung der Münchener Gesandtschaft mit dem 31. März 1930 wird beschlossen, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Nationalsozialisten, Altsozialisten, Volksrechtler und eines Teils der Volksparteiler.

Die Kapitel Hauptstaatsarchiv, Oberverwaltungsgericht und Staatszeitung werden ohne wesentliche Aussprache antragsgemäß erledigt.

Auffälligerweise findet auch über das Kapitel Finanzministerium keine Aussprache statt. Die Einstellungen werden genehmigt, das Gehalt des Finanzministers gegen die Stimmen der beiden Linksparteien bewilligt.

Mehrere Kapitel, wie Staatsrechnungshof, Landtag, Rücklage usw. werden ohne Aussprache erledigt.

Zu Kap. 12, Steuern, liegt ein volksparteilicher Antrag vor, eine etwaige Minderung der Reparationslasten zur Senkung der Steuern zu verwenden. — Die Sozialdemokraten und Kommunisten erklärten sich gegen die allgemeine Fassung des Antrages. Eine Minderung der Reparationslasten dürfe nicht zu Steuersenkungen für die Industrie verwendet werden, sondern nur für die Arbeiterschaft. Der volksparteiliche Antrag wird mit Hilfe der Nationalsozialisten abgelehnt.

Ueber den Gesetzentwurf über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1929 berichtet Abg. Dr. Blüher (DVp.). Er legt folgende Anträge der beiden Haushaltsausschüsse vor: Der Landtag wolle beschließen: In § 1 die Gesamteinnahmen des ordentlichen Staatshaushaltplans für 1929 auf 406 971 780 RM., die Gesamtausgaben auf 434 928 660 RM. und den Fehlbetrag vorbehaltlich des Abzugs der nach § 3 des Entwurfs des Gesetzes — Vorlage 4 — vorzunehmenden Einsparungen auf 27 956 880 RM., den Gesamtbetrag des außerordentlichen Staatshaushaltplans auf 49 318 950 RM. festzusetzen; ferner den Absatz anzufügen: „Zu den Mitteln für Reisekosten gehören nicht die Mittel, die bei den Hochschulen und den Schulen für Uebungs-, Belehrungs- und Studienreisen, Lehrausflüge, Lehrübungen im Freien und Studienaufenthalte im Ausland eingestellt sind."

Der Berichterstatter Dr. Blüher bemerkt dazu: Wir werden uns also mit der Möglichkeit abfinden müssen, daß eines Tages die Regierung sagt: „Die Einnahmen reichen zur Deckung der vom Landtag bewilligten Ausgaben nicht aus".

Abg. Dr. Eckardt (Dn.) weist auf das Bedenkliche hin, daß der Etat um 5 Millionen Mark gegenüber der Vorlage überzogen worden sei. Die Entwicklung werde über diesen Etat hinweggehen. Es stehe uns wahrscheinlich eine schwere wirtschaftliche und finanzielle Krise bevor. Für diesen Fall möge die Regierung für die entsprechenden Reserven sorgen.

Die Sozialdemokraten geben durch den Abg. Oeser eine programmatische Erklärung über die Regierung und ihren Etat ab.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.-P.) gibt der Stufen zu bedenken, daß sie die Suppe, die sie mit dem Zeltbetragsetat der Regierung eingebrockt habe, selbst auslöffeln müsse. Die Wähler der Nationalsozialisten, die geglaubt hätten, daß auch die Finanzpolitik der Nationalsozialisten am „Deutschland über alles" abgestimmt sein würde, hätten eine Enttäuschung erlebt.

Abg. Renner (Komm.) hält die Ueberziehungen des Etats für nicht so schlimm, denn sie seien zu sozialen Zwecken bestimmt.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) entgegnet dem Abg. Wilhelm, auch die Wirtschaftspartei habe Ueberziehungen zugestimmt, die ihr paßten, wie der Bewilligung von 500 000 RM. für eine Frauenklinik in Plauen. Die Wirtschaftspartei sei für den schlechten Etat mit verantwortlich. Auf Ihre Veranlassung, schließt der Redner unter tosendem Beifall der Linken, sind die Einnahmen um 12 Millionen RM. niedriger.

Abg. Günther (Wirtsch.-P.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen; er rechtfertigt besonders die Zustimmung zu den 500 000 RM. für Plauen.

Das Etatgesetz wird gegen die Stimmen der beiden Linksparteien angenommen. Die Gewährung besonderer Vollmachten an den Finanzminister bei Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat wird in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wird auch mit den Stimmen der Linksparteien und Nationalsozialisten ein einschränkender Antrag, durch den wenigstens für Ausgaben des außerordentlichen Etats gewisse Vollmachten gegeben werden sollen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung, mit dem sich der Haushaltsausschuß A erst am Vormittag beschäftigt hat, bildet die Beratung der Vorlage über die Beteiligung des Staates an der Aufbringung der Mittel für den Ausbau des Sächsischen Krüppelheims in Dresden.

Der Berichterstatter Dr. Blüher empfiehlt Zustimmung zu der Vorlage.

Abg. Wehle (Soz.) erklärt, seine Freunde würden die Vorlage ablehnen, denn es müßten noch Erörterungen angestellt werden. Seine Partei verlange die Uebernahme des Sächsischen Krüppelheims auf den Staat. — Die beantragte Zustimmung wird erteilt.

Ministerpräsident Dr. Bünger gibt zum Etat folgende Erklärung ab: Die Regierung wird ungeachtet der Höherziehungen und abgelehnten Streichungen auf das ihr verfassungsmäßig zustehende Recht nach Wiederholung der Abstimmungen verzichten. Das Gesamtministerium wird die Beschlüsse des Landtags loyal durchzuführen versuchen; sie hält es aber für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß wahrscheinlich die Kassenlage des Staates dazu führen wird, daß sich die Regierung die jeweils gebotene Zurückhaltung auferlegen muß. Sie wird aber dem Landtag jede gewünschte Rechenschaft ablegen.

Präsident Weckel dankt den Mitgliedern des Hauses, besonders den Ausschußmitgliedern und auch der Presse für die geleistete Arbeit, wünscht allen gute Erholung und vertagt das Haus bis zum 17. Oktober ds. Js.